



## Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

---

Bericht der: Justiz- und Sicherheitskommission  
vom: 9. März 2015  
zur Vorlage Nr.: [2014-418](#)  
Titel: **Betreffend den Bericht zum Postulat von Andreas Dürr, FDP: "Arbeitsrückstand / Überlastung Grundbuchamt und Handelsregisteramt" (2014/307)**  
Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

---

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)

---



2014/418

Kanton Basel-Landschaft

Landrat

---

## **Bericht der Justiz- und Sicherheitskommission an den Landrat**

**Betreffend den Bericht zum Postulat von Andreas Dürr, FDP: "Arbeitsrückstand / Überlastung Grundbuchamt und Handelsregisteramt" ([2014/307](#))**

Vom 9. März 2015

### **1. Ausgangslage**

Am 18. September 2014 überwies der Landrat das dringliche Postulat von Andreas Dürr "Arbeitsrückstand / Überlastung Grundbuchamt und Handelsregisteramt" (2014/307) an den Regierungsrat. Das Handelsregister- und das Grundbuchamt seien mit den Eintragungen stark im Verzug, so dass die Anforderung an eine rasche, wirtschaftsfreundliche und Rechtssicherheit gewährende Registerführung im Kanton Basel-Landschaft ernsthaft in Gefahr stehe, so das Postulat. Das Postulat verlangt, dass „umgehend Übergangs- und gegebenenfalls auch Notmassnahmen umzusetzen“ seien, um der unbefriedigenden Situation entgegen zu treten.

Der Regierungsrat räumt im Bericht zum Postulat „Beeinträchtigungen“ im Jahr 2014 ein, macht aber auch darauf aufmerksam, dass „zwischenzeitlich die Pendenzen abgebaut“ werden konnten, nachdem erstens personelle Vakanzes wieder besetzt und im Frühjahr 2014 eingeleitete „Korrektur- und Stützungsmaßnahmen bereits zum Zeitpunkt der Einreichung des Postulats deutliche Auswirkungen“ gezeigt hätten. Dies wird im Detail nicht nur am Grundbuch- und Handelsregisteramt, sondern auch am Betreibungsamt aufgezeigt. Der Regierungsrat sieht das Ersuchen des Vorstosses als erfüllt an und verspricht ferner, die Situation weiterhin zu beobachten und wo nötig mit geeigneten Massnahmen einzugreifen.

Für die Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen.

Das Büro des Landrates hat die Vorlage am 11. Dezember 2014 an die Justiz- und Sicherheitskommission (JSK) überwiesen.

### **2. Beratungen in der Justiz- und Sicherheitskommission**

#### **2.1. Organisatorisches**

Die JSK hat das Geschäft an ihrer Sitzung vom 19. Januar 2015 im Beisein von Regierungsrat Isaac Reber und Stephan Mathis, Generalsekretär SID, beraten hat. Die Vorlage wurde von Andreas Rebsamen, Leiter Zivilrechtsverwaltung SID, vorgestellt.

#### **2.2. Eintreten**

Das Eintreten war unbestritten

### 2.3. Diskussion

Die Kommission nahm die Vorlage und die Aussagen des Leiters Zivilrechtsverwaltung SID zur Kenntnis.

Die JSK musste aber konstatieren, dass ein längst erkanntes IT-Problem – die Anrufer werden von der „Roboter“-Telephon-Zentrale in eine Endlosschleife geschickt – seit rund einem Jahr einer Lösung harret. Gemäss den Ausführungen, die der JSK gemacht wurden, handle es sich um ein „blosses“ Informatikproblem, das innerhalb der kantonalen Verwaltung von jener wiederum nicht gelöst werde. Offenbar bestehen zwischen den Behörden bzw. Direktionen unterschiedliche Ansichten über die Prioritätensetzung zur Problemlösung. Die Kommission hat in einem Schreiben an den Vorsteher der Finanz- und Kirchendirektion, wo die zuständigen Zentralen Informatikdienste (ZID) angesiedelt sind, und an den Vorsteher der Sicherheitsdirektion die Erwartung geäussert, dass Informatik-Probleme, deren Auswirkungen in einem hohen Mass Kunden- bzw. Bürgerunfreundlich sind, rasch und mit hoher Priorität gelöst werden.

Positiv aufgenommen wurde, dass beim Betreibungsamt inzwischen ein bereits gut genutzter Online-Schalter eingerichtet wurde, wo Betreibungsauskünfte direkt bestellt und bezahlt werden können.

### 3. Antrag an den Landrat

://: Die Justiz- und Sicherheitskommission beantragt dem Landrat mit 13:0 Stimmen:

Das Postulat [2014/307](#) wird abgeschrieben.

Schönenbuch, den 9. März 2015

Für die Justiz- und Sicherheitskommission:

*Siro Imber, Präsident*